



SCHLEUSUNGSKRIMINALITÄT

Bundeslagebild 2011

- Gemeinsames Bundeslagebild des Bundeskriminalamts und des Bundespolizeipräsidiums -

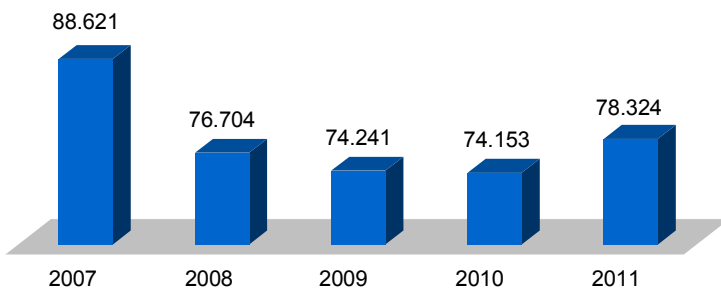


2.2 Situation in Deutschland

2.2.1 Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz, das Asylverfahrensgesetz und das Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern

Die PKS weist für das Jahr 2011 insgesamt 78.324 Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz (AufenthG), Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) und das Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (FreizügG/EU) aus, dies bedeutet einen Anstieg (+ 6 %) gegenüber dem Vorjahr (74.153 Verstöße).

Verstöße gegen das AufenthG, AsylVfG und das FreizügG/EU (2007 – 2011)



Quelle: PKS-Straftatenschlüssel 725000

Insgesamt wurden im Zusammenhang mit diesen Verstößen 71.551 (+ 8 %) Tatverdächtige registriert, darunter 69.816 (+ 9 %) nichtdeutsche Tatverdächtige. Die Anzahl der registrierten deutschen Tatverdächtigen ist auf 1.735 gesunken (- 18 %). Sie traten vor allem als Mittäter, Anstifter oder Gehilfen in Erscheinung. Auffällig ist der Anstieg der Anzahl der afghanischen und iranischen Tatverdächtigen.

Verstöße gegen das AufenthG, AsylVfG und das FreizügG/EU

Nationalität	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Tatverdächtige gesamt	71.551	66.128	+ 5.423	+ 8 %
Nichtdeutsche Tatverdächtige	69.816	64.009	+ 5.807	+ 9 %
Deutsche	1.735	2.119	- 384	- 18 %
1 Türkei	7.134	6.845	+ 289	+ 4 %
2 Afghanistan	6.157	3.979	+ 2.178	+ 55 %
3 Irak	4.274	3.988	+ 286	+ 7 %
4 Serbien	3.544	3.094	+ 450	+ 15 %
5 Russische Föderation	2.922	2.686	+ 236	+ 9 %
6 Iran	2.559	1.945	+ 614	+ 32 %
7 Vietnam	2.545	3.513	- 968	- 28 %
8 China	2.220	2.620	- 400	- 15 %
9 Indien	2.108	2.207	- 99	+ 4 %
10 Kosovo	1.957	2.188	- 231	- 11 %

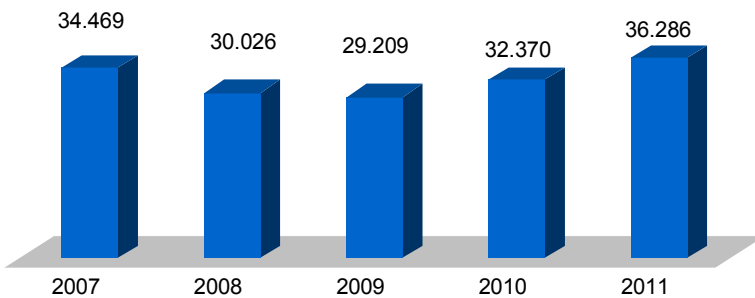
Quelle: PKS-Straftatenschlüssel 725000

2.2.3 Unerlaubt aufhältige Personen

Die PKS weist für das Jahr 2011 insgesamt 36.286 Tatverdächtige mit unerlaubtem Aufenthalt aus, rund 12 % mehr als im Vorjahr. Am deutlichsten ist die Anzahl der unerlaubt aufhältigen Personen aus Pakistan, Afghanistan und Serbien angestiegen, wohingegen die der vietnamesischen Staatsangehörigen deutlich zurückgegangen ist.

Der starke Anstieg sich unerlaubt im Bundesgebiet aufhaltender afghanischer und auch pakistanischer Staatsangehöriger ist insbesondere auf die angespannte Sicherheitslage in Afghanistan und im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet zurückzuführen. Zudem stellt die wirtschaftliche Lage Afghanistans – der Staat gilt als einer der ärmsten der Welt – einen erheblichen Push-Faktor dar.

Unerlaubter Aufenthalt gem. § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG (2007 – 2011)



Quelle: PKS-Straftatenschlüssel 725700

Unerlaubter Aufenthalt gem. § 95 Abs. 1Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b AufenthG

Nationalität	2011	2010	Veränderung	
			Absolut	prozentual
Tatverdächtige gesamt	36.286	32.370	+ 3.916	+ 12 %
Nichtdeutsche Tatverdächtige	35.752	31.773	+ 3.979	+ 13 %
Deutschland ²	534	597	- 63	- 11 %
1 Türkei	4.566	4.166	+ 400	+ 10 %
2 Afghanistan	2.935	1.926	+ 1.009	+ 52 %
3 Serbien	2.090	1.623	+ 467	+ 29 %
4 Irak	1.796	1.411	+ 385	+ 27 %
5 Vietnam	1.543	2.046	- 503	- 25 %
6 Russische Föderation	1.424	1.214	+ 210	+ 17 %
7 Iran	1.297	1.017	+ 280	+ 28 %
8 Pakistan	1.119	405	+ 714	+ 176 %
9 Kosovo	1.042	1.148	- 106	- 9 %
10 Indien	988	1.042	- 54	- 5 %

Quelle: PKS-Straftatenschlüssel 725700

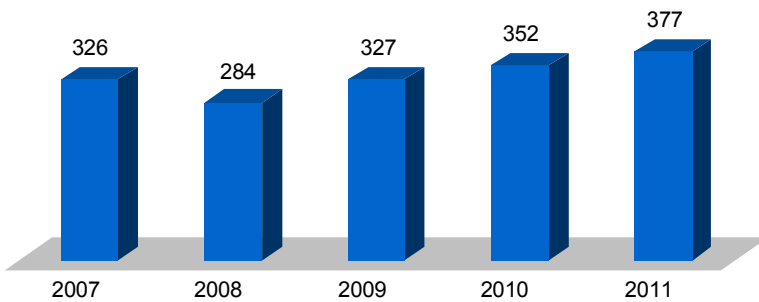
² Beim „unerlaubten Aufenthalt“ werden Deutsche als Mittäter, Anstifter oder Gehilfen erfasst.

Im Bereich der gewerbs- und bandenmäßigen Schleusung gemäß § 97 AufenthG ist die Anzahl der Tatverdächtigen um 7 % im Vergleich zum Vorjahr und damit im dritten Jahr in Folge angestiegen. Insbesondere die Anzahl irakischer, türkischer und syrischer Tatverdächtiger ist gestiegen.

Die Anzahl der vietnamesischen Staatsangehörigen ist hingegen deutlich gesunken.

Die polizeilichen Erkenntnisse über festgestellte Schleuser unterschiedlicher Nationalitäten belegen, dass häufig lediglich Fahrer und Ortskundige im Auftrag der eigentlichen Organisatoren den direkten Grenzübertritt und den Weitertransport der Geschleusten begleiten. Dabei handelt es sich in vielen Fällen um Landsleute der Geschleusten.

Gewerbs- und bandenmäßige Schleusung gemäß § 97 Abs. 2 AufenthG (2007 – 2011)



Quelle: PKS-Straftatenschlüssel 725400

Gewerbs- und bandenmäßige Schleusung gemäß § 97 Abs. 2 AufenthG

Nationalität	2011	2010	Veränderung	
			absolut	prozentual
Tatverdächtige gesamt	377	352	+ 25	+ 7 %
Nichtdeutsche Tatverdächtige	269	241	+ 28	+ 12 %
Deutsche	108	111	- 3	- 3 %
1 Irak	59	37	+ 22	+ 59 %
2 Türkei	29	12	+ 17	+ 142 %
3 Vietnam	28	40	- 12	- 30 %
4 China	23	22	+ 1	+ 5 %
5 Syrien	22	7	+ 15	+ 214 %
6 Bulgarien	11	0	+ 11	–
7 Afghanistan	10	3	+ 7	+ 233 %
8 Marokko	7	1	+ 6	+ 600 %
9 Österreich	7	4	+ 3	+ 75 %
10 Pakistan	7	4	+ 3	+ 75 %

Quelle: PKS-Straftatenschlüssel 725400

2.3 Situation an den deutschen Grenzen

2.3.1 Gesamtbetrachtung

Die Entwicklung der unerlaubten Einreise und der Schleusungskriminalität in Deutschland war im Jahr 2011 von steigenden Feststellungszahlen in allen relevanten Deliktsbereichen gekennzeichnet. Die Anzahl der festgestellten unerlaubten Einreisen in Deutschland betrug mit 21.156 erstmals seit 2002 mehr als 20.000. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr belief sich auf 19 %. Der unerlaubte Aufenthalt gewann mit einer Steigerung um 12 % (2011: 13.479) gleichfalls an Bedeutung. Unter Berücksichtigung der 3.378 durch die Bundespolizei an den Außengrenzen zurückgewiesenen Personen und den 18.929 im Jahre 2011 im Rahmen der Vorverlagerungsstrategie der Bundespolizei verhinderten unerlaubten Einreisen ist von einem deutlich zunehmenden Migrationsdruck auf Deutschland auszugehen.

Die Anzahl der nachweislich Geschleusten stieg mit 4.905 Personen erneut deutlich gegenüber dem Vorjahreswert an (4.050 Personen, + 21 %). Der Anteil der Geschleusten an der unerlaubten Einreise lag bei 23 % und somit um fünf Prozentpunkte höher als im Vorjahr.

Die Bundespolizei stellte 2011 bei 2.782 Schleusungsfällen (+ 28 % gegenüber 2010) insgesamt 4.905 Personen (+ 21 %) fest und ermittelte gegen 737 Personen (+ 4 %) wegen des Verdachts der Schleusertätigkeit.

Mit 863 festgestellten geschleusten Kindern und Jugendlichen (unter 16 Jahre) war ein erneuter Anstieg um 25 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Geschleusten stieg lediglich geringfügig auf 18 %.

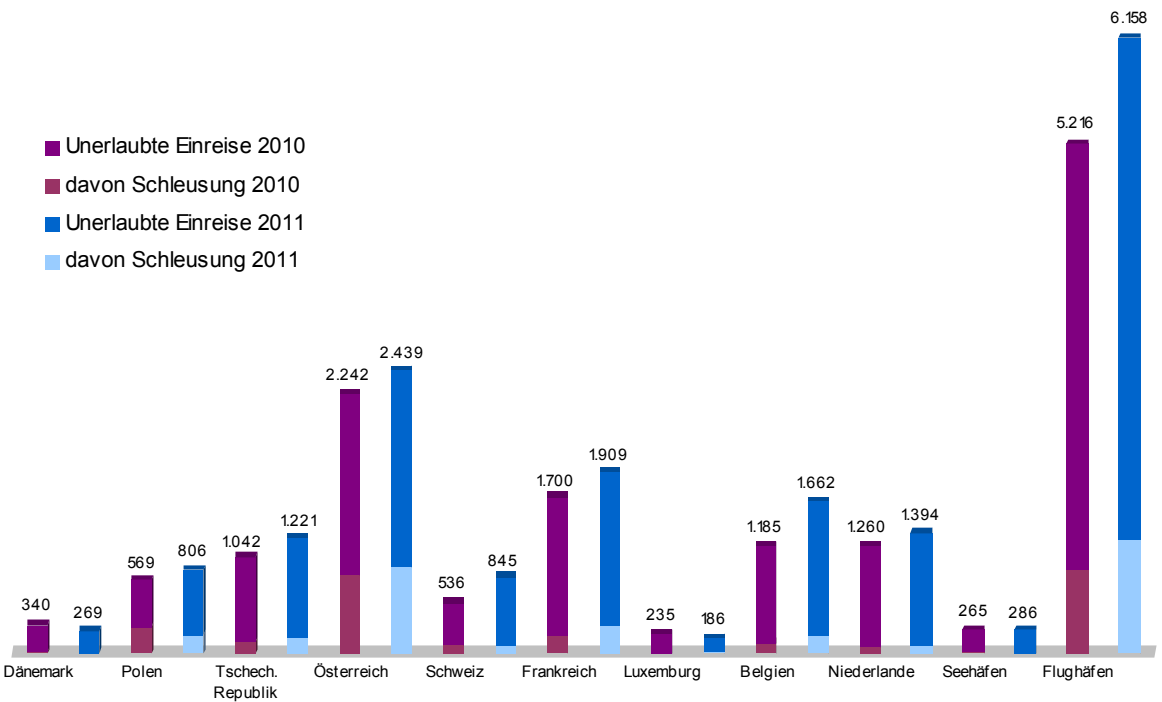
Die unerlaubten Einreisen konzentrierten sich im Jahr 2011 auf die Grenze zu Österreich sowie auf Binnenflüge (Intra-Schengen-Flüge) aus Griechenland (insbesondere an den Flughäfen Frankfurt/Main und München). Mit Ausnahme der Grenzen zu Dänemark und Luxemburg sind die Feststellungen im Bereich der Landgrenzen angestiegen. Besonders hervorzuheben ist hierbei die Entwicklung an den Grenzen zu Belgien, Frankreich und zur Schweiz. Die geographische Lage Deutschlands begünstigt unerlaubte Einreisen aus anderen Schengenstaaten. 96 % der unerlaubten Einreisen wurden an Binnengrenzen registriert. Die restlichen Feststellungen wurden überwiegend auf Flugverbindungen aus Drittstaaten (außerhalb des Schengenraums) getroffen, welche auch in 2011 deutlich zugenommen haben.

Übersicht der grenzpolizeilichen Feststellungen an den deutschen Grenzen

Landgrenzen	Unerlaubte Einreisen		Geschleuste		Schleuser	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Polen	1.035	895	229	326	76	109
Tschechische Republik	1.415	1.185	194	143	97	51
Österreich	3.482	3.193	1.043	951	363	360
Schweiz	942	621	97	85	18	9
Frankreich	2.238	1.922	329	222	45	39
Luxemburg	201	242	15	7	--	--
Belgien	1.868	1.316	206	131	51	27
Niederlande	1.483	1.323	89	63	14	27
Dänemark	278	351	9	11	2	7
Seehäfen	292	285	6	20	2	7
Flughäfen	7.553	6.254	2.218	1.813	53	53
Grenzübertritt unbekannt	369	244	470	278	16	22
Gesamtfeststellungen	21.156	17.831	4.905	4.050	737	711

Quelle: Polizeiliche Eingangsstatistik der Bundespolizei

Entwicklung der unerlaubten Einreise und Geschleusten nach Grenze (2010 – 2011)



Quelle: Polizeiliche Eingangsstatistik der Bundespolizei

Die Hauptherkunftsstaaten der Geschleusten (Afghanistan: 1472, Irak: 558, Iran: 403, Syrien, 379, Türkei:196) entsprachen größtenteils denen der unerlaubten Einreise, wobei insbesondere überdurchschnittlich viele syrische (74 %), iranische (52 %) und afghanische Staatsangehörige (43 %) bei ihrer illegalen Einreise die Unterstützung einer Schleuserorganisation nutzten. Stark ansteigende Feststellungszahlen von nachweislich Geschleusten waren insbesondere bei afghanischen (+ 306, + 26 %), iranischen (+ 71, + 21%) und syrischen (+ 184, + 94 %) Staatsangehörigen zu verzeichnen. Die Zahl der geschleusten pakistanischen Staatsangehörigen ist deutlich gestiegen (+ 90; + 257 %).

Schleuser aus der Türkei und der Russischen Föderation wurden neben Deutschen am häufigsten festgestellt. Auch im Jahr 2011 hatten Schleuser und Geschleuste in vielen Fällen die gleiche Staatsangehörigkeit.

Deutschland war 2011 bei den Schleusungshandlungen sowohl Ziel- als auch Transitland, zumeist in Richtung Skandinavien. Insgesamt setzte sich der Trend fort, dass Deutschland vermehrt Ziel der irregulären Migration war, wie den Feststellungen zum unerlaubten Aufenthalt zu entnehmen ist.

Der Anteil von ge- oder verfälschten Reisedokumenten bei Schleusungen lag auf gleichbleibend hohem Niveau wie in den Vorjahren. Bei fast jeder dritten Schleusung (überwiegend Schleusungen auf dem Luftweg) wurden inkriminierte Dokumente genutzt.

Die Feststellungen im Bereich der unerlaubten Einreise an der deutsch-österreichischen Grenze bewegten sich in der Gesamtbetrachtung etwas über dem Niveau des Vorjahres. Zum erneut deutlich steigenden Migrationsdruck bei afghanischen Staatsangehörigen (+ 225, + 57 %) kamen bedeutende Steigerungen bei syrischen(+ 100, + 189 %) und tunesischen (+ 85, + 258 %) Staatsangehörigen. Dies spiegelte sich auch bei nachgewiesenen Schleusungen wider.

Die Visaliberalisierung für Angehörige der Westbalkanstaaten führte an der Grenze zu Österreich in den Bereichen der unerlaubten Einreise und Schleusungen zu vermehrten Feststellungen.

Bei der Einreise aus Österreich spielten öffentliche Verkehrsmittel, insbesondere grenzüberschreitende Zugverbindungen, eine herausragende Rolle.

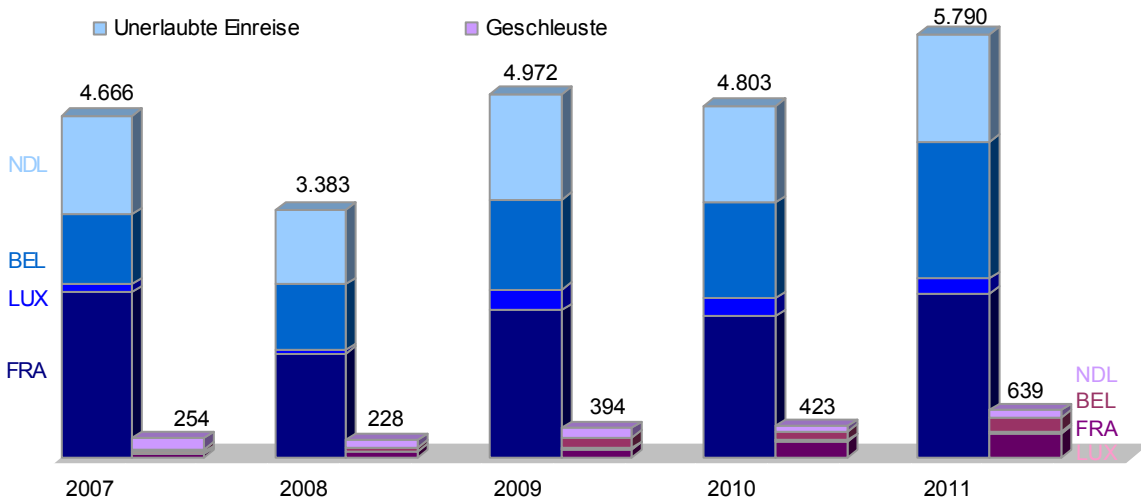
Aufgrund der Entwicklungen entlang der Route über Griechenland ist auch weiterhin nicht mit einem Nachlassen der Feststellungen an der deutsch-österreichischen Grenze zu rechnen, so dass diese auch weiterhin ein Brennpunkt der unerlaubten Einreise in das Bundesgebiet bleiben dürfte.

2.3.3 Grenze zur Schweiz

Die Feststellungszahlen an der Landgrenze zur Schweiz stiegen im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr deutlich an (+ 52 %). Diese Entwicklung ist insbesondere auf den deutlichen Anstieg illegal eingereister tunesischer Staatsangehöriger (+ 169, + 994 %) zurückzuführen, die neben irakischen Staatsangehörigen (+120, + 19 %) den Hauptanteil der festgestellten unerlaubten Einreisen ausmachten. Positiv festzustellen ist jedoch, dass gegenüber dem Jahr 2008 (2.265 Feststellungen) ein Rückgang von 58 % zu verzeichnen ist. Die Feststellungen im Flugverkehr aus der Schweiz bewegten sich mit 344 registrierten unerlaubten Einreisen auf Vorjahresniveau. Der Luftweg aus der Schweiz wurde bisher kaum für Schleusungen genutzt.

Über die Grenze zur Schweiz reisten hauptsächlich Migranten, die über Italien (See- und Luftweg) nach West- bzw. Nordeuropa geschleust wurden. Aufgrund der weiterhin bestehenden zollrechtlichen Kontrollen und der geographisch bedingten Konzentration auf die Hauptverkehrswege ist das Entdeckungsrisiko einer Schleusung über die Schweiz weitaus höher als an anderen Schengenbinnengrenzen. Mit steigendem Migrationsdruck aus Südeuropa dürften an der Grenze zur Schweiz auch weiterhin steigende Feststellungszahlen zu erwarten sein.

Unerlaubte Einreise und Geschleuste an den westlichen Landgrenzen (2007 – 2011)



Quelle: Polizeiliche Eingangsstatistik der Bundespolizei

Im Jahr 2011 stellte die Bundespolizei im Bereich der Grenzen zu allen westlichen Nachbarstaaten deutlich mehr Schleusungen fest als im Vorjahr. Bei den Geschleusten dominierten deutlich afghanische Staatsangehörige. Hinsichtlich Schleusungen waren die Grenzen zu Frankreich und Belgien von Bedeutung.

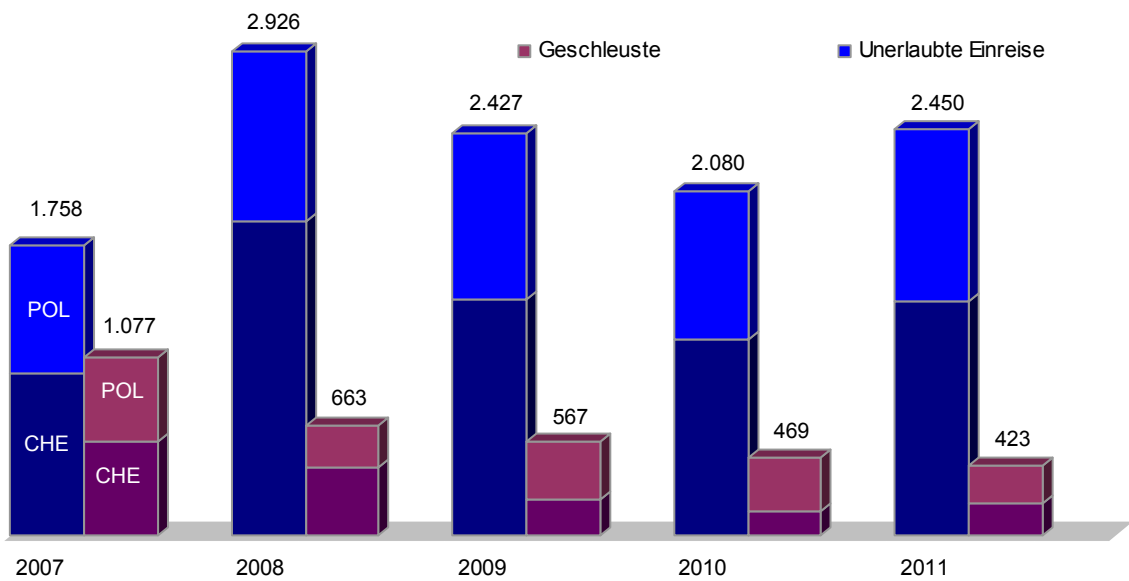
Mit 627 festgestellten unerlaubten Einreisen auf dem Luftweg aus Frankreich war hier ein erneuter deutlicher Anstieg (+ 35 %) zu verzeichnen. Feststellungen zu Schleusungen auf Flügen aus den weiteren westlichen Anrainerstaaten sind statistisch zu vernachlässigen.

Es bleibt festzustellen, dass unerlaubt über die deutschen Westgrenzen einreisende Drittausländer zu großen Teilen keinen dauerhaften Aufenthalt beabsichtigen, sondern nach Skandinavien weiterreisen.

2.3.5 Deutsche Ostgrenze

Im Jahr 2011 war erstmals nach Wegfall der systematischen und stationären Personenkontrollen an den Grenzen zur Tschechischen Republik und zu Polen (Ende des Jahres 2007) ein Anstieg der Feststellungszahlen sowohl hinsichtlich der unerlaubten Einreise als auch hinsichtlich Schleusungen zu verzeichnen.

Unerlaubte Einreise und Geschleuste an den östlichen Landgrenzen (2007 – 2011)



Quelle: Polizeiliche Eingangsstatistik der Bundespolizei

Die unerlaubte Einreise auf dem Luftweg war nach wie vor von nachrangiger Bedeutung.

An der deutsch-tschechischen Landgrenze wurden im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise hauptsächlich vietnamesische, aber vermehrt auch serbische, türkische und afghanische Staatsangehörige festgestellt. Der deutliche Anstieg von geschleusten afghanischen Staatsangehörigen war auf Behältnisschleusungen in Bussen zurückzuführen. Im Gegensatz dazu ist der Rückgang bei irakischen Staatsangehörigen darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr festgestellte LKW-Schleusungen im Jahr 2011 nicht erneut festgestellt werden konnten.

An der Landgrenze zu Polen wurden im Jahr 2011 primär ukrainische Staatsangehörige (507; + 211 %) bei der unerlaubten Einreise festgestellt. Hingegen wurden deutlich weniger russische (176; - 20 %) und georgische (71; - 37 %) unerlaubt Eingereiste registriert. Aufgrund der rückläufigen Gesamtfeststellungen und der vergleichsweise niedrigen Schleusungsquote bei Ukrainern (6 %) waren die Gesamtzahlen der Geschleusten an der Landgrenze zu Polen deutlich rückläufig (- 30 %).

Die Feststellungen von afghanischen Geschleusten aus der Tschechischen Republik und von syrischen Geschleusten aus Polen belegen, dass die osteuropäische Route bzw. die Verlängerung der nördlichen Balkanroute nach wie vor für Schleuserorganisationen als Ausweich- oder Alternativroute genutzt wird.

Die polnische Initiative zur Legalisierung von unerlaubt aufhältigen Migranten wird sich als weiterer Pullfaktor auf dieser Route und im Rahmen der Sekundärmigration auswirken.

2.3.6 Flughäfen

Dem allgemeinen Trend folgend stiegen die Feststellungszahlen zur irregulären Migration auf dem Luftweg im Jahr 2011 um 21 % auf 7.553 Personen an. Brennpunkte waren wie im Vorjahr die Flugverbindungen aus Griechenland, Italien, Spanien und Frankreich.

Die Bedeutung des Flugverkehrs im Schengenraum für die irreguläre Migration nach Deutschland ist unverändert hoch, dort traf die Bundespolizei 91 % der Feststellungen zur unerlaubten Einreise auf dem Luftweg.

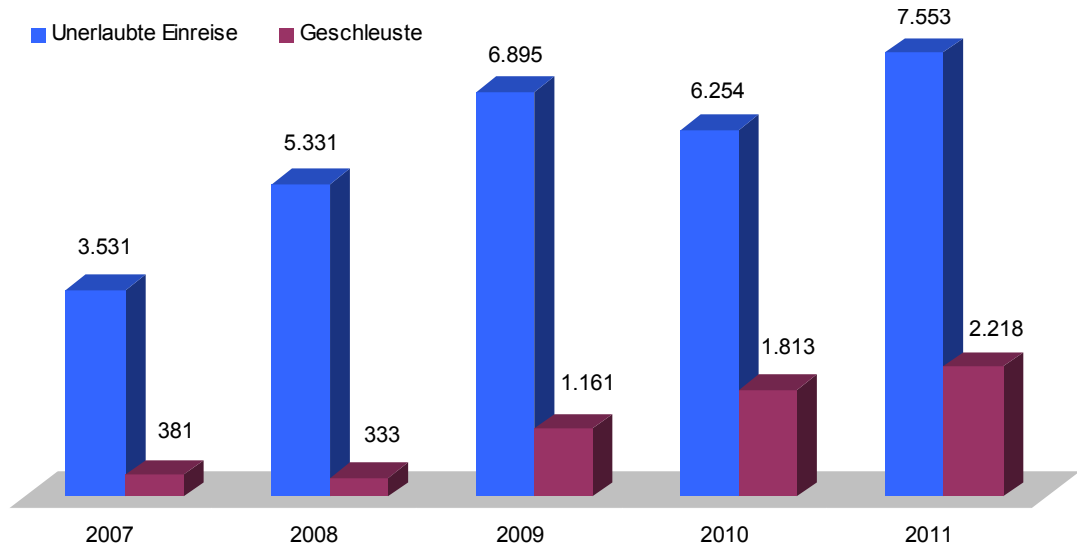
Im Luftverkehr außerhalb des Schengenraums stellte die Bundespolizei 4 % der unerlaubten Einreisen (882) fest und wies zudem im Jahr 2011 3.352 Personen beim Versuch der unerlaubten Einreise zurück. Die unerlaubte Einreise erfolgte meist von türkischen und britischen Flughäfen aus. In rund 5 % der Fälle konnten Flughafenfeststellungen keinen bestimmten Routing zugeordnet werden.

Nationalitäten bei Geschleusten und unerlaubt Eingereisten an den Flughäfen

<u>aufgegriffene Geschleuste</u>				<u>unerlaubt Eingereiste</u>			
Staatsangehörigkeit	2011	2010	Entw.	Staatsangehörigkeit	2011	2010	Entw.
Afghanistan	697	690	+ 1 %	Afghanistan	888	772	+ 15 %
Iran	278	230	+ 21 %	China	670	685	- 2 %
Irak	247	121	+ 104 %	Russische Föderation	462	355	+ 30 %
Syrien	205	132	+ 55 %	Iran	389	225	+ 73 %
Eritrea	67	36	+ 86 %	Irak	388	321	+ 21 %
China	65	41	+ 59 %	Ukraine	303	262	+ 16 %
DR Kongo	64	11	+ 482 %	Indien	258	304	- 15 %
Sri Lanka	60	76	- 21 %	Türkei	253	212	+ 19 %
Pakistan	60	18	+ 233 %	Nigeria	200	237	- 16 %
Somalia	56	81	- 31 %	Syrien	185	133	+ 39 %
Gesamtzahl	2.218	1.813	+ 22 %	Gesamtzahl	7.553	6.254	+ 21 %

Quelle: Polizeiliche Eingangsstatistik der Bundespolizei

Unerlaubte Einreise und Geschleuste an den deutschen Flughäfen (2007 – 2011)



Quelle: Polizeiliche Eingangsstatistik der Bundespolizei

Die irreguläre Migration über den Luftweg erfordert in der Regel die Unterstützung durch Schleuserorganisationen. Diese konzentrieren sich vor allem auf Vorbereitungshandlungen, insbesondere auf die Dokumentenbeschaffung und Legendierung der Reiseabsichten der zu schleusenden Person. Die eigentliche Schleusung findet in diesen Fällen mehrheitlich ohne Begleitung eines Schleusers statt.

Der Entwicklung der unerlaubten Einreise folgend war auch ein Anstieg (+ 22 %) der Schleusungen über den Luftweg zu registrieren. Brennpunkte waren nach wie vor Schleusungshandlungen auf Flügen aus Griechenland, die 93 % der im Binnenflugverkehr registrierten Schleusungen stellten. Hauptsächlich handelte es sich bei den unerlaubt Einreisenden auf Binnenflügen um afghanische Migranten. Starke Zuwächse waren bei irakischen, syrischen und iranischen Staatsangehörigen zu verzeichnen.

Der Anteil der registrierten Schleusungen im Flugverkehr außerhalb des Schengenraumes betrug 37 %.

Neben afghanischen und iranischen Staatsangehörigen nutzten 2011 u. a. auch syrische, chinesische und eritreische Staatsangehörige vermehrt Nicht-Schengen-Flüge im Rahmen von Schleusungen, insbesondere Flüge aus der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Der Luftweg wird auch zukünftig einer der Brennpunkte der irregulären Migration nach und über Deutschland bleiben.

3 GESAMTBEWERTUNG

In Deutschland stiegen die polizeilichen Feststellungen im Jahr 2011 im Zusammenhang mit der irregulären Migration sowie festgestellten Schleusungen deutlich an. Deutschland ist weiterhin ein Transitstaat der irregulären Migration in andere EU-Staaten und zudem seit Jahren einer der Hauptzielstaaten der irregulären Migration, insbesondere für die derzeit auf EU-Ebene relevanten dominierenden Herkunftsnationalitäten.

Aufgrund des anhaltend hohen Migrationsbegehrens aus asiatischen und afrikanischen Staaten dürften vor dem Hintergrund des verstärkten internationalen Engagements zur Verhinderung von zumeist lebensgefährlichen Seewegschleusungen zunehmend andere Routen auf dem Luft- und Landweg unter Zuhilfenahme von Schleuserorganisationen genutzt werden. Die Wahl der Schleusungsroute richtet sich oftmals nach dem jeweiligen Zielort, finanziellen Gesichtspunkten, der Verfügbarkeit von Dokumenten und Transportmitteln sowie des möglichen Entdeckungsrisikos aufgrund von Kontrollmaßnahmen der Behörden.

Im Zuge der Schengenerweiterung ist mit einer Verlagerung der Migrationsrouten von Griechenland nach Bulgarien und weiter über Rumänien nach Ungarn zu rechnen. Von hier ist ein Routing über Österreich sowie über die Slowakei und die Tschechische Republik beziehungsweise über Polen nach Deutschland wahrscheinlich.

Die Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ im Bereich der irregulären Migration waren im Jahr 2011 auf Deutschland insgesamt eher gering. Die unerlaubte Einreise tunesischer, libyscher und syrischer Staatsangehöriger fiel jedoch mit zum Teil deutlichen Anstiegen der Feststellungszahlen auf. Aufgrund der weiterhin schwierigen Situation in Syrien und in einigen der Staaten des „Arabischen Frühlings“ ist auch zukünftig mit einem Anstieg der Schleusungen/Geschleusten aus diesen Staaten zu rechnen.

Es ist weiterhin ein anhaltend hohes Migrationsbegehren nach Deutschland zu erwarten. Aufgrund der stetig hohen Kontrolldichte an den Außengrenzen und einer effektiven Binnenfahndung ist ein Anstieg der Feststellungen im Bereich der Schleusungskriminalität sowohl bei der Einreise als auch bei der Sekundärmigration zu erwarten.



Bundeskriminalamt



BUNDESPOLIZEI

65173 Wiesbaden

www.bka.de

14473 Potsdam

www.bundespolizei.de